



Bund-Länder-Programm

Gemeinsam für nachhaltige Entwicklung

Herausgegeben von:



Inhalt

Interview mit Gerlinde Sauer, BMZ:	
Acht Jahre Bund-Länder-Programm –	
Entwicklung und Erfolge	4
Das Bund-Länder-Programm	6
Die Themenschwerpunkte	8





Wirksam arbeiten

Themenschwerpunkt Umwelt, Klima und Energie		
Themenschwerpunkt		
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung	12	
Die Kooperationsprojekte des		
Bund-Länder-Programms (2015 – 2023)	14	
Themenschwerpunkt Governance	16	
Themenschwerpunkt Pandemieresilienz	18	

Gleichberechtigung der Geschlechter	20
Digital in die Zukunft	21
Decentralised Development Lab	22
Interview mit Stefano Marta, OECD:	
Studie zu dezentraler Entwicklungs-	
zusammenarbeit in Deutschland	24
Fachpartner*innen und	
Partnerinstitutionen der Projekte	26



Interview mit Gerlinde Sauer, BMZ: Acht Jahre Bund-Länder-Programm – Entwicklung und Erfolge



Gerlinde Sauer, Referentin, Referat G 43 Länder und Kommunen, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Bund-Länder-Programm wurde 2015 ins Leben gerufen. Wie schätzt das BMZ die Entwicklung des Programms ein?

Gerlinde Sauer: Die deutschen Länder verfolgen traditionell eigene Aktivitäten in der Zusammenarbeit mit Partnerländern des globalen Südens. Ausgehend von den Zielen der Agenda 2030 haben wir nach einem intensiven Austausch mit den Bundesländern das Bund-Länder-Programm konzipiert, um im Sinne von SDG (Sustainable Development Goal) 17 durch gemeinsame Ansätze unsere Partner vor Ort bei der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 noch besser zu unterstützen. Dabei wurden das bestehende Engagement aus den Bundesländern aufgegriffen sowie systematisch neue Fachinstitutionen und Akteure aus den Bundesländern eingebunden. Auch aktuelle Herausforderungen wie die Covid19-Pandemie konnten so gemeinsam adressiert werden.

Wichtiges Element des Bund-Länder-Programm ist aus unserer Sicht zudem, die Kapazitäten für wirksame und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in den Bundesländern zu stärken sowie innovative und agile Methoden zu pilotieren. Aus unserer Sicht ist es dadurch gelungen, die Wirksamkeit der gemeinsamen Projektansätze kontinuierlich zu erhöhen. Daher freuen wir uns sehr, dieses erfolgreiche Modell in einer dritten Projektphase fortführen zu können.

Was sind Erfolgsfaktoren für das gemeinsame Engagement von Bund und Ländern in der EZ?

Die Arbeit stellt sich uns als besonders erfolgreich dar, wenn die spezifischen Kompetenzen der Bundesländer in Wert gesetzt werden, indem diese in den strategischen Gesamtrahmen unserer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern eingebettet werden. Während die regionalen GIZ-Büros die Kontakte zu den Fachpartner*innen der Bundesländer halten, stellt die Zusammenarbeit mit der GIZ-Außenstruktur die enge Abstimmung mit den Institutionen in den Partnerländern als auch eine Einbindung in laufende Projekte der technischen Zusammenarbeit sicher. Das Bund-Länder-Programm bietet zudem die Möglichkeit erfolgversprechende Projektansätze über mehrere Förderphasen weiter zu vertiefen und durch die Zusammenarbeit mit den bilateralen Partnervorhaben dann in die Breite zu tragen. Eine Triple-Win-Situation für alle Seiten, die durch die klassischen Projektstrukturen in der Zusammenarbeit des BMZ oder der Bundesländer in der Regel nur begrenzt erreicht werden kann.

In einer aktuellen Studie der OECD wurden der Stand und die Herausforderungen dezentralisierter Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland sowie erfolgreiche Ansätze in anderen OECD-Ländern aufbereitet. Warum ist dieser Blick "über den Tellerrand" wichtig?

Das zunehmende Interesse innerhalb der OECD, sich mit dezentralisierter Entwicklungszusammenarbeit auseinanderzusetzen, unterstützt uns dabei, diese Instrumente der Zusammenarbeit – neben dem Bund-Länder-Programm auch die Förderinstrumente für Kommunale Entwicklungspolitik

– noch strategischer und wirksamer aufzustellen. Die aktuelle Studie bietet hier mit ihrer Analyse der Stärken und Schwächen dezentralisierter Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland sowie der Aufbereitung von Best-Practices anderer OECD-Mitglieder wertvolle Hinweise. Eine Reihe von Empfehlungen aus der OECD-Studie möchten wir daher aufgreifen und mit den Bundesländern und Kommunen in den Austausch gehen, um Wege der gemeinsamen Umsetzung zu eruieren. Hier kann das BLP eine wichtige Rolle spielen.

Mit der feministischen Außenpolitik und der feministischen EZ sind aktuell starke Signale auf politischer Ebene gesetzt worden. Welche Bedeutung hat die feministische EZ für die Arbeit im BLP und welche Chancen sehen Sie darin für die Partnerländer?

Das Bund-Länder-Programm hat bereits bisher die Lebenssituation von Frauen systematisch berücksichtigt und damit Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit geleistet. Über die Gesamtlaufzeit haben insgesamt 24 Projekte Aspekte der Gleichberechtigung der Geschlechter adressiert. Im Rahmen des Programms wurde zudem Trainings für Akteur*innen aus den Bundesländern angeboten sowie ein Serious Game mit dem Titel "Gender – Next Level" entwickelt, das als Online-Training den Bundesländern als dezentrales Angebot zur Verfügung steht und auf große Resonanz gestoßen ist.

Mit der im März 2023 vorgestellten Strategie zur feministischen Entwicklungspolitik hat das BMZ Leitlinien gesetzt, um Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit noch systematischer zu verankern. Dabei besteht der Anspruch, diskriminierende Strukturen in den Partnerländern zu identifizieren und in der Projektzusammenarbeit zu adressieren, z.B. indem Frauen stärker an Entscheidungen beteiligt werden. Darin liegt eine große Chance für die Partnerländer, denn eine Gesellschaft wird sich nur nachhaltig entwickeln können, wenn alle Menschen gleichberechtigt mitwirken können. Im Bund-Länder-Programm möchten wir daher den Anteil von Projekten, die gendersensibel bzw. -responsiv gestaltet sind, noch weiter erhöhen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung

































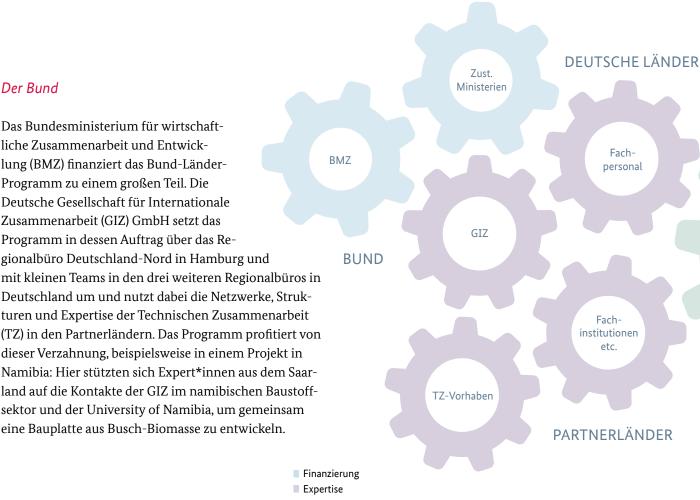


Das Bund-Länder-Programm

Rund um den Globus profitieren Menschen von den Initiativen des Bund-Länder-Programms, das vor allem ein Ziel hat: die Entwicklung in Partnerländern voranzutreiben und die Menschen vor Ort zu unterstützen. Dafür engagieren sich zahlreiche Akteur*innen der deutschen Länder und ergänzen so die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes. Von Landesverwaltungen und wissenschaftlichen Institutionen bis hin zu zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Unternehmen: Erfahrungen und Kompetenzen einer einzigartigen dezentralen Akteurslandschaft greifen für den Erfolg des Programms in jeder Komponente ineinander. Erfahren Sie auf diesen Seiten mehr darüber, wie das Bund-Länder-Programm die Arbeit der Beteiligten verzahnt und welchen Mehrwert die Beteiligten vor Ort in den Partnerländern schaffen.

Der Bund

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert das Bund-Länder-Programm zu einem großen Teil. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH setzt das Programm in dessen Auftrag über das Regionalbüro Deutschland-Nord in Hamburg und mit kleinen Teams in den drei weiteren Regionalbüros in Deutschland um und nutzt dabei die Netzwerke, Strukturen und Expertise der Technischen Zusammenarbeit (TZ) in den Partnerländern. Das Programm profitiert von dieser Verzahnung, beispielsweise in einem Projekt in Namibia: Hier stützten sich Expert*innen aus dem Saarland auf die Kontakte der GIZ im namibischen Baustoffsektor und der University of Namibia, um gemeinsam



■ Bevölkerung vor Ort

14,1Mio. EUR



470.000

EUR



Die deutschen Länder

Das Bund-Länder-Programm bündelt Know-how und Erfahrungen aus den deutschen Ländern und gibt diese an die Partnerländer weiter. Dabei integriert das Programm das Fachwissen und die Kompetenzen privater, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Verwaltungen in die Projekte. Dies ergänzt die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes wirksam, etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien in Uganda, für den sich ugandische Entscheidungsträger*innen mit dem energieautarken Dorf Wildpoldsried in Bayern und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg austauschten. Für einen besseren Gewässerschutz teilte das Dresdner Grundwasserforschungszentrum seine Konzepte mit den peruanischen Regionalverwaltungen, während der Berliner Verein enpact, die Vernetzung zwischen Gründer*innen aus Berlin und Indien organisierte. Die deutschen Länder tragen mit mindestens 40% zur Finanzierung der jeweiligen Projekte bei. Sie stellen bei Bedarf Sachgüter, Räume oder Personal zur Verfügung.

Außerdem organisiert das Bund-Länder-Programm Netzwerktreffen, um den Austausch der am Programm beteiligten Partner*innen zu unterstützen.

Darüber hinaus werden den
Akteur*innen in Deutschland
Trainingskurse angeboten, um zum
Beispiel mehr über die Ziele, Herausforderungen, wirkungsvolles Planen
und Monitoren sowie die Förderung
von Geschlechtergerechtigkeit in der
deutschen Entwicklungszusammenarbeit
zu lernen.

13

deutsche Länder



engagierten sich im Bund-Länder-Programm von 2019 bis 2023.

5,5

Mio. EUR



investierten die deutschen Länder von 2019 bis 2023, inklusive Sach- und Fachleistungen.

64

Fachpartner*innen



aus der deutschen Privatwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft steuerten von 2019 bis 2023 Know-how bei.

Die Partnerländer

Zielgruppe

Ob in Afrika, Asien, Südamerika oder Südosteuropa – das Bund-Länder-Programm setzt Projekte weltweit zum Nutzen der Bevölkerung um. Mittels Expertise der Fachpartner*innen aus den deutschen Ländern tragen die Projekte zum Schutz der Umwelt und des Klimas, zur Einführung erneuerbarer Energiesysteme, zu einer nachhaltigen Wirtschaft, zu demokratischen Strukturen oder verbesserter Gesundheitsversorgung bei. Expert*innen aus Deutschland und den Partnerländern tauschen sich auf Augenhöhe aus und erzielen so größtmögliche Wirkungen. Dabei ist die Mitwirkung der lokalen Ministerien, Unternehmen, Fachinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen im Partnerland zentral. So bleibt der Wissenstransfer keine Einbahnstraße und alle Akteure profitieren vom gemeinsamen Austausch – allen voran die Bevölkerung vor Ort.

30

Projekte



wurden zwischen 2019 und 2023 umgesetzt.

20

Partnerländer



profitierten zwischen 2019 und 2023 von den Initiativen.

Die Themenschwerpunkte

Das Bund-Länder-Programm unterstützt Kooperationsprojekte, die zu den Themen Umwelt, Klima und Energie, Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Governance arbeiten. Seit 2020 werden zudem Projekte zur Stärkung der Pandemieresilienz durchgeführt. Die deutschen Länder verfügen in diesen Bereichen über einen großen Erfahrungsschatz – sind sie es doch, die nationale Gesetze zur Energiewende umsetzen und landesspezifische Maßnahmen entwickeln, etwa während der Coronapandemie.

Umwelt, Klima und Energie

Das Bund-Länder-Programm stärkt den Umweltund Klimaschutz sowie eine nachhaltige Energieversorgung. Denn nur wenn Lebensräume langfristig bewahrt werden, können Bewohner*innen ihre Einkommensquellen erhalten und ihre Gesundheit schützen. Die Projekte in diesem Themenfeld sind somit nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern haben auch eine wirtschaftliche und soziale Relevanz. Sie helfen zudem, Umweltkrisen vorzubeugen und so nicht zuletzt Klimaflucht zu vermeiden. Im Zeitraum von 2019 bis 2023 konnte das Programm zehn Projekte mit diesem Schwerpunkt umsetzen, beispielsweise zum Schutz von Gewässern in Peru mit sächsischer Expertise, zum Aufbau einer E-Cargo-Bike-Infrastruktur mit bayerischer Unterstützung in Südafrika und zum Management von Wasserressourcen in Tansania mit einer Akademie aus Niedersachsen.



Mithilfe dieses E-Cargo-Bike-Projekts zwischen Bayern und Südafrika wird ein nachhaltiges Mikrologistiksystem in Stellenbosch eingeführt, das den Verkehr entlastet, die Kohlendioxidemissionen reduziert und dringend benötigte Arbeitsplätze in Form von Fahrdienstleistungen für Arbeitslose schafft. Somit ist das Projekt ein Katalysator für lokale Innovationen und ebnet den Weg für einen zukünftig nachhaltigen Pendlerverkehr.

Herman van der Merwe, Vorsitzender Stellenbosch Entrepreneur & Enterprise Development (SEED), Südafrika



Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Das Bund-Länder-Programm unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung in Partnerländern. Eine leistungsfähige Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, fördert Innovationen und erhöht Steuereinnahmen, was in der Konsequenz Armut verringert. Zwischen 2019 und 2023 führte das Programm zehn Projekte mit dem Ziel der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung durch. Dabei konnten Akteure in wichtigen Wirtschaftssektoren

aus- und weitergebildet werden, beispielsweise Berufschullehrer*innen in Äthiopien und Indien durch ein hessisches Institut oder Beschäftigte der Technischen Universität Tamale in Ghana durch eine Kooperation mit Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen. Dies ermöglichte zahlreichen, vor allem jungen Menschen, besser ausgebildet neue Chancen zu finden und optimistischer in die Zukunft zu schauen.



Wir hoffen, dass das Berufsbildungs-Projekt zwischen Hessen und Indien unsere Mitarbeiter*innen und Trainer*innen bereichert und die internationalen Erfahrungen auch die Qualität der Solarausbildung in unseren industriellen Ausbildungsinstituten stärkt.

Sanjay Kumar, Direktor Projekt & Internationale Zusammenarbeit, Generaldirektion für Ausbildung, Ministerium für Qualifikationsentwicklung und Unternehmertum, Indien

Governance

Das Bund-Länder-Programm fördert die demokratische Entwicklung, den Aufbau bürgernaher Verwaltungsstrukturen und die politische Teilhabe. Menschen möchten gehört werden und erleben, dass ihre Ideen und Überzeugungen in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Verwaltungen in Ländern und Kommunen haben eine wichtige Scharnierfunktion: Bei ihnen kommen Bürger*innen in Kontakt mit dem Staat, der Gesundheitsversorgung oder vor Gericht. Die Abläufe in den deutschen Ländern und Kommunen können zwar nicht als Blaupause für die Partnerländer dienen, aber Methoden und Wege für Gesell-

schaften aufzeigen, die ihre politische Architektur dezentralisieren und ihre Bürger*innen stärker an politischen Prozessen beteiligen wollen.

Von 2019 bis 2023 setzte das Bund-Länder-Programm vier Projekte im Themenbereich Governance um. So verbesserten beispielsweise Expert*innen aus Schleswig-Holstein Dienstleistungen für Minderheiten im Westbalkan und baden-württembergische Dozent*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen bildeten Verwaltungsfachkräfte in Tunesien zu politischen Partizipationsprozessen weiter.



In dem Projekt zwischen Schleswig-Holstein und dem Westbalkan ist es gelungen, über den Austausch von Erfahrungen, Begegnungen, erfolgreichen Praxisbeispielen, Workshops und Diskussionen verschiedene neue Initiativen zu entwickeln, die den Bedarfen vor Ort entsprechen und von den Partnern aus den Gemeinden als gemeinsame Projekte umgesetzt wurden. Es war das Ziel für besonders benachteiligte Gruppen die Teilhabe an und Inklusion in das gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben in den Partnerländern zu stärken.

Linda Pieper, Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein



Pandemieresilienz

Das Bund-Länder-Programm hilft, die Covid-19 Pandemiefolgen zu bewältigen. Weltweit stellt Covid-19 seit 2020 eine Herausforderung für die Menschen, deren Gesundheitsversorgung und die globale sozioökonomische Situation und Entwicklung dar.

Aus diesem Grund führte das Bund-Länder-Programm sechs Projekte im Gesundheitsbereichdurch. Ob durch eine neue Infektionsstation für Patient*innen in Malawi in Zusammenarbeit mit einem Verein und einem Krankenhaus aus Thüringen, Unterstützung der universitären Ausbildung im Gesundheitssektor in Namibia durch Expert*innen aus Bremen und Schleswig-Holstein oder die Stärkung eines ugandischen Lehrkrankenhauses durch einen Austausch mit Sachsen – das Programm stärkte Strukturen und Fachkräfte in vielen Ländern und zeigte auf, wie die Gesundheitsversorgung in Zeiten einer Pandemie unterstützt und aufrechterhalten werden kann.



Namibias Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Die Kooperation zwischen der University of Namibia und der Universität Bremen stärkt das universitäre Public Health Ausbildungssystem und es werden konkrete Lösungsvorschläge für dringende Probleme entwickelt.

Wirksam arbeiten – Themenschwerpunkt Umwelt, Klima und Energie



Das Bund-Länder-Programm setzte zwischen 2019 und 2023 zehn Projekte zum Themenschwerpunkt Umwelt, Klima und Energie um. Dabei wurden die vielfältigen Kompetenzen der deutschen Länder mit ihren Fachinstitutionen in Wert gesetzt, zum Beispiel im Bereich Gewässerschutz oder beim Ausbau erneuerbarer Energien.

I Xene Ř**aříř**











Bayern – Togo: Landwirtschaft profitiert von neuen Energieformen

Die Agrarindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Togo. Erneuerbare Energie kann dabei helfen, die Landwirtschaft noch produktiver zu machen, beispielsweise indem mit Solarstrom Ernte kühl gelagert wird. Bayerische Expert*innen unterstützten 34 togoische Kleinbäuer*innen dabei erneuerbare Energien zu nutzen, um ihre Produktqualität zu verbessern, ihre Effizienz zu erhöhen und Verluste zu reduzieren. Durch Schulungen in Togo und Studienreisen nach Bayern lernten die Teilnehmer*innen mehr über gutes Management ihrer Farm, Förderungen und Finanzierungsmodelle. Außerdem besuchte eine Gruppe Frauen

einen Workshop, um konkrete Business-Pläne für Solarenergie in ihren Betrieben zu erarbeiten und die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft zu stärken.



BMZ, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie





08/2021 - 10/2022



271.000 €

Bayern – Tunesien: Zusammen in eine grüne Zukunft mit grünem Wasserstoff

Mit besten Voraussetzungen für die Erzeugung von grünem Wasserstoff investiert Tunesien in Zukunftstechnologien. Dazu braucht es gut ausgebildete Expert*innen im Land. So entstand an der nationalen Ingenieurshochschule ein bayerischtunesischer Hub für Technologie und Innovation, inklusive Ausstellungsraum und Auditorium. Hier diskutieren tunesische Studierende mit deutschen Professor*innen und Ingenieur*innen, beispielsweise bei Fachvorträgen über grünen Wasserstoff.

Zudem erhielten vier junge tunesische Wissenschaftler*innen ein Stipendium für einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt an der Friedrich-Alexander-Universität in Nürnberg.

Mit einem speziellen Trainingsangebot, einem Mentoring-Programm und einer Klausurtagung in Bayern wurden außerdem tunesische Frauen gefördert, die im Wasserstoffsektor tätig sind.





BMZ, Bayerische Staatskanzlei



05/2022 - 05/2023



991 000

Niedersachsen – Südafrika: Mehr Wissen für den langfristigen Betrieb von Mini-Grids*



Südafrikas intensive Sonneneinstrahlung kann zum Beispiel durch kleine Solaranlagen, sogenannte Mini-Grids, für eine umweltfreundliche Energieversorgung genutzt werden. Das bietet abgelegenen Gemeinden zuverlässigen Strom und die Möglichkeit, Licht nach Einbruch der Dunkelheit zu nutzen und zum Beispiel Nahrungsmittel kühl zu lagern. So auch in der Ortschaft Upper Blinkwater: Seit 2019 erhalten hier 57 Haushalte Strom durch ein solarbetriebenes Mini-Grid. Sogar neue Jobs konn-

ten dadurch geschaffen werden, etwa mit einer Tischlerei im Ort.

Um sicherzustellen, dass sich die Gemeinde auch langfristig auf die gewonnene Energie verlassen kann, wurden Mitarbeiter*innen der ortsansässigen Energiebehörde im Rahmen dieses Projekts von niedersächsischen Expert*innen ausgebildet. Sie betreuen die innovative Technologie nun kontinuierlich und sorgen für deren Instandhaltung.



BMZ, Niedersächsische Staatskanzlei, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz





11/2020 - 12/2022



139.000 €



Durch den Klimawandel werden das Wetter und damit auch die Landwirtschaft in Ruanda weniger berechenbar. Digitale Wetterstationen können zuverlässige Daten zum Wetter liefern und den Bäuer*innen dabei helfen, ihre Arbeit besser zu planen, Pflanzen zu schützen und Erträge zu verbessern. Aufbauend auf den rheinland-pfälzischen Erfahrungen in der digitalen Agrarmeteorologie konnten zwei zusätzliche digitalisierte Wetterstationen in Ruanda eingerichtet werden. Bei Beratungseinsätzen vor Ort und Hospitationen bei deutschen meteorologischen Institutionen lernten

die ruandischen Fachkräfte von den deutschen Expert*innen – für eine besser an den Klimawandel angepasste Landwirtschaft.



BMZ, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz



06/2021 - 05/2023



389.000 €



Während unseres Besuchs und Austausches beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück in Rheinland-Pfalz hatten wir die tolle Möglichkeit, neue Technologien im Feld der Agrarmetereologie, für die Datensammlung, Qualitätskontrolle und die Verbreitung von agrarmetereologischer Informationen kennenzulernen. Wir konnten so das Management unserer nationalen Klimadatenbank bei Meteo Rwanda verbessern.

Herve Murenzi, Mitarbeiter (Fortbildungsgast) Meteo Rwanda, Ruanda

















Wirksam arbeiten – Themenschwerpunkt Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung



Das Bund-Länder-Programm setzte zwischen 2019 und 2023 zehn Projekte im Themenschwerpunkt Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung um. Dabei wurden die vielfältigen Kompetenzen der deutschen Länder besonders im Bereich der Beruflichen Bildung in Wert gesetzt. Fachinstitutionen der Länder haben zentrale Beiträge geleistet.

Berlin – Indien: Urbane Mobilität klimafreundlich gestalten



Start-ups gelten als wichtiger Motor für Entwicklung und Fortschritt. Sie schaffen nicht nur Jobs, sondern verhelfen zudem innovativen Ideen und modernen Technologien zum Durchbruch. Davon profitiert auch der Mobilitätssektor in Indien: Der Verkehr auf indischen Straßen verursacht extrem hohe CO₂- und Feinstaubwerte. Um Ideen zu entwickeln, wie diese reduziert

werden können, vernetzte dieses Projekt deutsche und indische Start-ups mit Expert*innen aus indischen Verkehrsbehörden und Wirtschaftsunternehmen. Gemeinsam erarbeiteten sie Lösungsvorschläge für eine attraktive klimafreundliche urbane Mobilität. Diese Impulse, etwa für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge, wurden in einem Ideenwettbewerb präsentiert und in einem Design-Sprint-Workshop in Indien weiter ausgearbeitet. Dabei wurde auch das Thema Sicherheit für Frauen und trans* Personen im öffentlichen Nahverkehr bearbeitet. Die besten Ideen werden von den relevanten Akteur*innen vor Ort weiter umgesetzt.



BMZ, Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe



03/2022 - 05/2023



418 000 €



Jede moderne Metropole steht vor der Herausforderung, urbane Mobilität attraktiv und umweltfreundlich zu gestalten. Start-ups können uns dabei mit ihren innovativen Ideen helfen. Deshalb fördern wir diesen Austausch ganz gezielt auch mit unseren indischen Partner*innen."

Stephan Schwarz, Senator a. D. für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin



Nordrhein-Westfalen – Nordmazedonien: Bessere Berufschancen für Jugendliche

Nordmazedonien ist gleichzeitig mit einem Mangel an Fachkräften und hoher Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert. Die Projektpartner*innen aus Nordrhein-Westfalen adressierten beide Probleme gleichzeitig: Sie boten 30 Jugendlichen aus Nordmazedonien ein Fachseminar und ein Berufspraktikum in Deutschland an. Die jungen Erwachsenen erhielten einen Einblick in die Praxis und verbesserten so ihre beruflichen Chancen. Im Anschluss an das Qualifizierungsprogramm durchliefen die Absolvent*innen ein digitales Bewerbungstraining – mit Erfolg: Rund 30% der Absolvent*innen haben unmittelbar nach der Teilnahme am Programm einen Arbeitsplatz in

Nordmazedonien gefunden, der ihren Qualifikationen entspricht. Von deren internationalen Erfahrungen profitieren auch die nordmazedonischen Unternehmen.



BMZ, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen



06/2021 - 03/2023



784.000 €



Ich war Teil des GIZ-Programms für junge Fachkräfte aus Mazedonien und bekam die Möglichkeit, ein Praktikum in einem der größten IT-Unternehmen, SAP in Deutschland, zu absolvieren. Außerdem kann ich mit Stolz sagen, dass meine Gruppe bei der Abschlussveranstaltung des Programms den zweiten Platz für unseren Business Plan für eine App für Kinder mit Leseproblemen, d.h. Legasthenie, gewonnen hat.

Ana Atanasova, IT Ingenieurin, Teilnehmerin

Saarland – Namibia: Busch-Biomasse nutzbar machen*

Rund 200 Millionen Tonnen Holz-Biomasse ist das geschätzte Gewicht von Namibias Büschen und gleichzeitig das Kernstück dieses Projektes. Namibische und saarländische Forschende prüften die Nutzbarkeit des Buschmaterials und schlugen dabei drei Fliegen mit einer Klappe: Zerhackt und in Bauplatten gepresst liefert das Holz der namibischen Industrie einen natürlich nach-

> wachsenden Baustoff. von Büschen befreit wird und gleich-



zeitig Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch ein Labor wurde auch das nötige Know-how nach Namibia vermittelt, um zukünftig beispielsweise solche Bauplatten selbst zu prüfen und zu zertifizieren. Somit ist dieses CO₂-freundliche Produkt nun reif für die Produktion in Namibia.



BMZ, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und **Energie Saarland**



04/2020 - 07/2022



422.000 €









Die Kooperationsprojekte des Bund-Länder-Programms (2015 – 2023)

16

72

29

deutsche Länder

Maßnahmen

Partnerländer

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms fördern das BMZ und die deutschen Länder gemeinsame Projektansätze, die durch eine strategisch-thematische Zusammenarbeit einen Beitrag zur Erreichung der Agenda 2030 in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

Mexiko

Kolumbien

Daru

Die Kartendarstellung gibt nicht in jedem Einzelfall die völkerrechtliche Position der Bundesregierung wieder. Die Kartendarstellung trifft keine Aussage über strittige Territorialansprüche.



Wirksam arbeiten – Themenschwerpunkt Governance



Im Themenschwerpunkt Governance arbeitete das Bund-Länder-Programm zusammen mit den deutschen Ländern in vier Projekten zwischen 2019 und 2023. Dabei sind besonders die Bürger*innen-Nähe und die Verwaltungskompetenzen der deutschen Länder von Vorteil, die zusammen mit der Expertise fachlicher Partner*innen der deutschen Länder in der Projektumsetzung genutzt wurden.

BEZAVLBARE UND SAUBERE ENERGIE







Sachsen – Mosambik: Mehr Sicherheit im Bergbau*

Die Unfälle im industriellen Bergbau Mosambiks sind in den letzten Jahren um rund 17 % zurückgegangen - eine Tendenz, die auch dem Engagement sächsischer Expert*innen zu verdanken ist. Seit Jahren unterstützt Sachsen die Bergbaubehörde des ostafrikanischen Landes mit dem Know-how seiner Bergbautradition und dem Geokompetenzzentrum als Wissensnetzwerk, etwa durch die Ausbildung von Bergbauinspektoren und Hilfe bei der Gründung des Nationalen Zentrums für Bergbausicherheit, Grubenrettungsund Gasschutzwesen. Damit unterstützt es den Aufbau bürger*innennaher Verwaltungsstrukturen in Mosambik, insbesondere durch die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene mit der dem nationalen Ministerium für Rohstoffe und Energie (MIREME) nachgeordneten Behörde Generalinspektion Bergbau und Energie (IGREME).

Dieses Projekt brachte weitere Aktivitäten voran, um Mosambik bei der Umsetzung internationaler Arbeitsschutzstandards im Bergbau zu unterstützen. Gemeinsam mit der Sprengschule in Dresden wurden mosambikanische Expert*innen weitergebildet und eine Schulung für Sprengberechtigte in Mosambik geschaffen. Mit einem neuen Leitfaden konnten die Gefahren von mehr als 80 Altbergbaustandorten erfasst und analysiert werden. Außerdem erhöhten Unfall- und Rettungspläne für die mosambikanischen Bergbauunternehmen das Bewusstsein für Arbeitsund Gesundheitsschutz um 80 % bei den Angestellten.



BMZ, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; Sächsisches Oberbergamt



03/2020 - 06/2022



863.000 €



Dank der Unterstützung von Deutschland und dem Freistaat Sachsen konnte sich IGREME und sein Ausbildungszentrum (ZBGG) als anerkannte Institution für Bergbausicherheit in Mosambik etablieren. Sie verfügt nun über eine rechtliche und technische Autonomie, qualifiziertes Personal und erprobte Instrumente sowie ein ständig wachsendes Angebot an Dienstleistungen für die Bergbauunternehmen des Landes. Die Anwendung der neuen Kenntnisse durch die Inspektoren resultierte bereits in der verbesserten Einhaltung der Rechtsvorschriften und damit auch der erhöhten Sicherheit im mosambikanischen Bergbausektor.

Obete Matine, Generalinspektor, Generalinspektion Bergbau und Energie (IGREME), Mosambik

Schleswig-Holstein – Westbalkan: Gleiche Rechte für Alle*



Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien und Serbien streben den Beitritt in die Europäische Union an. Dafür müssen die Länder unter anderem sicherstellen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen in der Bevölkerung gleichberechtigt behandelt werden. Das bedeutet, dass Minderheiten wie Roma und Menschen aus der LGBTI+ Community die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte besitzen wie alle anderen Menschen. Fachpartner*innen aus Schleswig-Holstein unterstützten die Länder des Westbalkans, Benachteiligungen von Minderheiten abzubauen. Dabei dienten die international anerkannten An-

sätze aus Schleswig-Holstein als Vorlage und wurden an die jeweiligen Situationen vor Ort angepasst. Verwaltungsangestellte der Länder lernten in vier Schulungen mehr zum Thema Diversity Management und diskutierten dies mit 50 Teilnehmer*innen auf einer regionalen Veranstaltung in der nordmazedonischen Hauptstadt Skopje. Auf einer Studienreise nach Schleswig-Holstein konnten elf Vertreter*innen aus dem Westbalkan sehen, wie die genannten Ansätze im Land gelebt werden und weiteren Raum für Austausch auf Augenhöhe bieten.



BMZ, Staatskanzlei des Landes Schleswig Holstein; Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein



04/2022 - 03/2023



254.000 €



Tunesische Verwaltungsfachkräfte stehen vor der Herausforderung, den Bürger*innenservice in den Kommunen ihres Landes auszubauen. Studierende der nationalen Hochschule für Verwaltungsangestellte in Tunesien erhielten aus Baden-Württemberg praktische Einblicke für ihre zukünftigen Aufgaben: In einem aufgrund der Covid-19-Pandemie umgeplanten und komplett virtuell durchgeführten sechswöchigen Kurs lernten 49 Studierende, wie politische Partizipationsprozesse in Baden-Württemberg gestaltet werden, beispielsweise durch den Umgang mit Bürger*inneninitiativen. Praxisbeispiele und der Austausch mit Kommunalpolitiker*innen und Vertreter*innen aus Ministeri-

en halfen ihnen, ein Verständnis zu entwickeln und die Abläufe in angepasster Form auf ihre zukünftige Arbeit in Tunesien zu übertragen. So wurden die administrativen Entscheidungsträger*innen von morgen dazu inspiriert, sich für moderne und bürgernahe Verwaltungsstrukturen einzusetzen.



BMZ, Staatsministerium Baden-Württemberg



12/2019 - 03/2022



153.000 €



Anhand konkreter Beispiele aus Baden-Württemberg wird den angehenden Verwaltungsmitarbeiter*innen demonstriert, wie Demokratie und Good Governance in Tunesien umgesetzt werden können.

Timo Peters, Staatsministerium Baden-Württemberg















Wirksam arbeiten – Themenschwerpunkt Pandemieresilienz



Angesichts der Covid-19-Pandemie führte das Bund-Länder-Programm mit Sondermitteln des BMZ und zusammen mit den deutschen Ländern sechs Projekte im Themenschwerpunkt Pandemieresilienz durch. Dabei wurden die Erfahrungen und die fachlichen Kompetenzen von medizinischen und wissenschaftlichen Einrichtungen in den deutschen Ländern genutzt, um einen Beitrag zur nachhaltigen Stärkung der Gesundheitssysteme der Partnerländer zu leisten.

Thüringen – Malawi: Besserer Schutz vor hochansteckenden Krankheiten

Die Intensivstation des Zentralkrankenhauses im malawischen Zomba hat Platz für vier Betten – bei einer Einwohnerzahl von 4,6 Millionen im Einzugsgebiet. Dies zeigt deutlich, mit welchen Schwierigkeiten das medizinische Personal während der Covid-19-Pandemie zu kämpfen hatte. Dieses Projekt konnte die Situation in Zomba verbessern und thüringisches Know-how nutzbar machen: Um Menschen mit ansteckenden Krankheiten sowohl räumlich als auch organisatorisch von anderen Patient*innen zu trennen, wurde eine neue Infektionsstation mit Raum für 30 Betten gebaut. Außerdem lernten ca. 350 malawische Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen von den deutschen Expert*innen mehr über Infektiologie, Hygiene und Infektionsschutz.

Mitarbeiter*innen und Patient*innen des Krankenhauses in Zomba sowie Beschäftigte weiterer Gesundheitsinstitutionen wurden über Symptome, Folgen und den Schutz vor hochansteckenden Infektionen aufgeklärt. Dies ist nicht nur im Umgang mit der Covid-19-Pandemie relevant, da Malawi immer wieder mit hochansteckenden Krankheiten konfrontiert ist.



BMZ, Thüringer Staatskanzlei



11/2020 - 05/2023



1.200.000 €



Die neuen Krankenhausgebäude und die Qualifizierungen unserer Mitarbeiter*innen, v.a. aber die Partnerschaft mit unseren deutschen Kolleg*innen aus Thüringen und von der GIZ sind eine große Unterstützung für das Zomba Central Hospital, um die Betreuung der Patient*innen stetig zu verbessern. Auf der neuen Infektionsstation können nun deutlich mehr Patienten viel gezielter behandelt werden. Ich bin sicher, dass die Unterstützung aus Deutschland auch zur Entscheidung unserer Regierung beigetragen hat, den Zentralkrankenhäusern zukünftig mehr Autonomie einzuräumen. Dies eröffnet uns neuen Handlungsspielraum zur Entwicklung weiterer Dienstleistungsangebote für die Menschen der Region.

Dr. Saulos Nyirenda, Leiter des Zomba Central Hospitals, Malawi



Hessen – Vietnam: Viren-Frühwarnsystem schützt mehr Menschen



Sei es in Deutschland oder Vietnam: Abwasserproben geben Aufschluss über die virale Situation in Gemeinden. Im Verlauf mehrerer Covid-19 Wellen kristallisierte sich diese Methode als Werkzeug zur Früherkennung von Ausbrüchen in Deutschland heraus. Auch in Vietnam stößt die Methode auf

Interesse. Von der Analyse des Abwassers bis hin zur Aufbereitung der erhobenen Daten und Ableitung von Handlungsempfehlungen – Labormitarbeiter*innen der Vietnamese German University lernten von hessischen Forschenden mehr über den Umgang mit molekular-biologischen Messungen. Das neue Know-how sowie beschaffte Laborgüter ermöglichen ihnen nun, eigenständig Untersuchungen durchzuführen.



BMZ, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen



11/2021 - 05/2023



513.000 €



Obgleich Namibia seit Jahren in die Gesundheitsinfrastruktur und -forschung investiert, zeigte sich durch die Covid-19-Pandemie, dass die diagnostischen und epidemiologischen Kapazitäten im Land ausgebaut werden müssen, um im akuten Fall handlungsbereit zu sein.

Zu diesem Zweck unterstützten Fachpartner*innen aus Bremen den namibischen Gesundheitssektor bei der besseren Vorbereitung auf epidemische und pandemische Krankheiten. Zudem ertüchtigten die Expert*innen ein Biosicherheitslabor an der Universität von Namibia: Es wurden neue Laborgüter beschafft, welche dem Lehrbetrieb der Universität zur Verfügung stehen. So können Studierende und Mitarbeitende in Forschung, Lehre und Qualifizierung zu Covid-19, Tuberkulose und Medikamenten-Resistenzen arbeiten.

Dieses Projekt baut auf einer langjährigen Kooperation der Universitäten von Namibia und Bremen auf. Die Zusammenarbeit konnte etwa durch gemeinsame Vorlesungen für Studierende beider Länder, Weiterbildungen des Lehrpersonals sowie der Überarbeitung der Lehrpläne weiter intensiviert werden. Zum Ende des Projektes diskutierten mehr als 140 Teilnehmer*innen aus Namibia, dem südlichen Afrika und Europa bei einem internationalen Symposium die Maßnahmen zu Tuberkulose und COVID-19.



BMZ, Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei



09/2021 - 05/2023



626.000€



Ein resilientes und nachhaltig orientiertes Gesundheitssystem braucht exzellent ausgebildete Fachkräfte im Bereich Public Health. Hier stärkt das Bremen-Namibia Resilienzprojekt evidenz- und praxisorientierte Lehre an der University of Namibia.

Prof. Dr. Benjamin Schüz, Universität Bremen, Fachbereich 11: Human- und Gesundheitswissenschaften / Institut für Public Health und Pflegeforschung Prävention und Gesundheitsförderung













Gleichberechtigung der Geschlechter



Das Bund-Länder-Programm bringt das Thema Gender in vielfältiger Weise in seine Projekte ein. So sollen insbesondere die Bedürfnisse von Frauen und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden, beispielsweise durch die Förderung frauengeführter Unternehmen. Dies trägt zur feministischen Entwicklungszusammenarbeit des Bundes bei. Es bringt Beschäftigung, stärkt die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Emanzipation benachteiligter Gruppen.

Togoische Landwirtinnen: Steigerungen der Erträge

Togoische Unternehmer*innen lernten in einer Kooperation mit Bayern, wie sie erneuerbare Energie in der Landwirtschaft einsetzen können, um ihre Erträge zu steigern. Teil dieser Gruppe waren 15 Frauen, die in einem Workshop in der Hauptstadt Togos diskutierten, wie sie sich in der traditionell von Männern dominierten Landwirtschaft besser durchsetzen können (siehe Seite 10).



BMZ, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



GIZ, Women Engage for a Common Future e.V. in Kooperation mit dem TZ-Vorhaben "Ländliche Elektrifizierung" in Togo

Äthiopische Fach- und Führungskräfte: Gestärkt im Alltag

Äthiopische Frauen aus Berufsschulverwaltungen und Ministerien erhielten einen Einblick in das deutsche Schulmanagement und duale Berufsausbildungssystem. Sie lernten in Schulungen, wie sie ihre Stärken besser nutzen können, um sich Karriereoptionen zu erschließen und wie sie dieses Wissen an Frauen und Mädchen in Äthiopien weitergeben.



BMZ, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen



GIZ, Hessische Landesstelle für Technologiefortbildung (HLFT) in Kooperation mit dem TZ-Vorhaben "Kapazitätsaufbau im Bildungswesen" in Äthiopien

Indische Unternehmensgründerinnen: Mehr Förderung für Frauen

In Fortbildungen lernten Multiplikator*innen in Indien, wie sie neue Förderprogramme für weibliche Unternehmerinnen unterstützen und aufsetzen können. Dies ermöglicht zukünftig die Weiterbildung von hunderten Unternehmerinnen. Indische Gründerinnen von Tech-Unternehmen lernten das Berliner Start-up-Ökosystem kennen, wurden in asiatische Netzwerke integriert und besuchten internationale Start-up-Konferenzen. Unternehmerinnen mit Tech-Fokus und dem Bestreben zu expandieren, profitierten von Schulungen und Beratungen des Berliner Landing Pad Programms. Mit Erfolg: Zwei Teilnehmerinnen expandierten im Anschluss an das Programm mit ihren Unternehmen nach Berlin und Wien.



BMZ, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin



GIZ, enpact e.V. in Kooperation mit dem TZ-Vorhaben "Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmensgründung von Frauen" in Indien

> Serious Game: Feministische Entwicklungszusammenarbeit spielerisch verstehen

Das Serious Game verbindet zwei wichtige Themen in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit: Das digitale Lernen mit der Einbindung und Stärkung von Frauen und marginalisierten Gruppen. Am Bildschirm erleben Spieler*innen des Serious Game, welche Hürden Frauen und marginalisierte Gruppen rund um den Glo-

Digital in die Zukunft



Während der Covid-19-Pandemie war gemeinsames Lernen und Arbeiten häufig nicht wie geplant möglich. Digitale Formate ersetzten die persönlichen Treffen, so auch im Bund-Länder-Programm. Um die deutschen Länder und ihre Partner*innen bestmöglich zusammenzubringen, gab das Bund-Länder-Programm die Entwicklung einer eigenen digitalen Kommunikationsplattform in Auftrag. Hier bieten Projekträume Platz für virtuelle Delegationsreisen, Veranstaltungsreihen, Workshops, Trainings und Dokumente. Ermöglicht wird dies durch das OpenSource Tool BigBlueButton, das mit wenig Bandbreite auch in den Partnerländern gut funktioniert.

Digitale Veranstaltung statt Studienreise

Eine Studienreise nach Schleswig-Holstein sollte 14 Teilnehmer*innen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien und Serbien zeigen, wie Rechte von benachteiligten Gruppierungen verbessert werden können. Anstelle dieser Reise fand eine dreitägige virtuelle Veranstaltung statt, bei der die Teilnehmer*innen einen Einblick in die Arbeit des Minderheitenbeauftragten von Schleswig-Holstein und seiner verschiedenen Institutionen gewannen. Sie lernten etablierte Praktiken kennen und identifizierten Ansätze, wie sie diese an ihre regionalen Kontexte anpassen können. Im Rahmen einer e-Academy tauschten sich rund 100 statt in einer regionalen Konferenz in einem Webseminar aus.



📺 BMZ, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Schleswig-Holstein



GIZ, Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten in Zusammenarbeit mit dem TZ-Vorhaben "Soziale Rechte und Inklusion für benachteiligte Bevölkerungsgruppen" im Westbalkan



→ Hier geht's zum Spiel

bus täglich überwinden müssen, um in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Sensibilisiert und ausgestattet mit Wissen um die Fallstricke können die Fachkräfte ihre Projekte so besser planen und umsetzen ganz im Sinne der feministischen Entwicklungszusammenarbeit des BMZ.

Digitales Lernen statt Präsenzpraktika

Statt Praktika in Deutschland besuchten 49 tunesische Studierende der Verwaltungswissenschaften eine virtuelle Autumn School. Betreut durch die Hochschule Kehl und begleitet von Tutor*innen lernten sie sechs Wochen lang Praxisbeispiele für politische Partizipationsprozesse in Baden-Württemberg kennen und entwickelten Transferprojekte für ihre zukünftige Arbeit in Tunesien. Sie tauschten sich online mit Kommunalpolitiker*innen und Vertreter*innen aus Ministerien aus, profitierten von einem virtuellen Kulturprogramm und einem interkulturellen Training (siehe Seite 17).



BMZ, Staatsministerium Baden-Württemberg

GIZ, Hochschule Kehl in Zusammenarbeit mit dem TZ-Vorhaben "Deutsch-Tunesische Werkstattakademie für Gute Regierungsführung" in Tunesien

Blended Learning

Für den Unterricht in beruflichen Fachschulen in Indien erlernten Lehrkräfte den Umgang mit Solarenergie. In einer Zeit, in der Trainings vor Ort unmöglich waren, fanden die Kurse online statt. Um die Fertigkeiten trotz des digitalen Formats praktisch erproben zu koennen, erhielten die Teilnehmer*innen Solartrainingskoffer von der hessischen Landesstelle für Technologiefortbildung. In Hybridveranstaltungen kamen Fortbildungsgäste vor Ort zusammen, um in den digitalen Austausch mit deutschen Expert*innen zu treten.



iii BMZ, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen



GIZ, Hessische Landesstelle für Technologiefortbildung in Zusammenarbeit mit dem TZ-Vorhaben "Deutsch-Indisches Programm für Berufliche Bildung" in Indien

Decentralised Development Lab

Das Decentralised Development Lab – kurz DDLab – wurde 2021 als ein innovatives, nutzerzentriertes Innovationsförderprojekt ins Leben gerufen. Mit kreativen Partner*innen aus aller Welt suchte das Programm zunächst nach aktuellen Herausforderungen in der nachhaltigen Entwicklung. Über zwölf Monate hinweg unterstützte das DDLab anschließend länderübergreifende Teams, die Lösungen für einige dieser Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit entwickelten.



Die Suche nach Herausforderungen

Anfang 2021 lud das Bund-Länder-Programm die deutschen Länder und ihre internationalen Partner*innen ein, Zukunftsthemen für eine nachhaltige Entwicklung zu benennen. Basierend auf Kriterien wie "Innovationspotential" und "erwartbare Entwicklung" wählte eine Jury vier Themen aus. Expert*innen aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein formulierten im Anschluss gemeinsam mit Partner*innen aus Indonesien, Peru, Ruanda und der Ukraine folgende Fragestellungen zu den Themen:

> E-Mobilität

Wie können wir (öffentliche und private) Investitionen in E-Bus-Infrastruktur und -Fahrzeuge fördern?

- Inklusive Digitalisierung der Verwaltung Wie können wir die aktive Bürgerbeteiligung für benachteiligte Gruppen inklusiver gestalten?
- Mangrovenfreundliche Aquakultur Wie können Kleinbauern und -bäuerinnen an der Entwicklung einer mangrovenfreundlichen Aquakultur beteiligt werden?
- › Ländliches weibliches Unternehmertum Wie können wir das Potenzial des weiblichen Unternehmertums für die grüne und digitale Zukunft des ländlichen Raums erschließen?

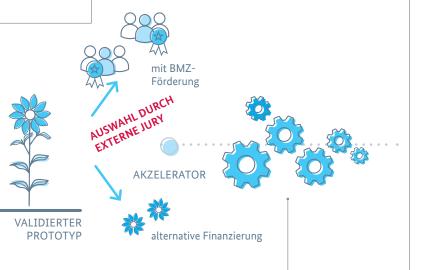


Das DDLab erlaubt uns als subnationale Verwaltung, neue Wege in der Vorbereitung und dem internationalen Austausch für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu gehen. Das DDLab begleitet über Grenzen hinweg dezentrale Verwaltungseinheiten dabei, ihre gemeinsamen Herausforderungen der Zukunft zu ergründen und sich mit Praktiker*innen zu Lösungsvorschlägen auszutauschen.

Helen Franke, Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Referat Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit

Internationaler Ideenwettbewerb

In einem Wettbewerb reichten Teams aus aller Welt rund 180 Ideen ein, um die vier Herausforderungen kreativ zu bearbeiten. Pro Thema überzeugte jeweils ein Team – drei aus Indonesien und eins aus Ruanda. Diese vier Teams wurden eingeladen, ihre Projektvorschläge weiterzuentwickeln.



Inkubator

In einer Inkubationsphase erhielten die vier Teams fünf Monate lang Unterstützung von Berater*innen und Expert*innen aus den deutschen Ländern und den Partnerländern sowie der GIZ, um ihre Ideen voranzubringen. Mit finanzieller Unterstützung und begleitet durch Coaches entwickelten die Teams ihre Projekte weiter. Potentielle Nutzer*innen testeten die Ideen und Treffen mit Akteur*innen aus Regierung und Zivilgesellschaft halfen bei der Weiterentwicklung des Lösungsvorschlags.

Zum Ende dieser Phase präsentierten die Teams ihre ausgearbeiteten Ideen einem breiteren Publikum und einer Jury. In der Bewertung gewannen zwei Teams mit gleicher Punktzahl den Zugang zur nächsten Förderungsphase.



In der Inkubationsphase trafen sich alle Teams in Berlin zu einem Workshop

Akzelerator

Beide Gewinnerteams erhielten jeweils weitere finanzielle Unterstützung, um ihre Projektideen zu pilotieren. Sie nahmen an Schulungen teil und reisten zu Workshops in Berlin, Jakarta und Kigali. Sieben Monate lang standen den Teams Coaches und Berater*innen aus der GIZ, den deutschen Ländern und den Partnerländern zur Seite, um die Umsetzung vorzubereiten, mit folgenden Ergebnissen:

Ländliches weibliches Unternehmertum

Das Team "Becoming Nala" entwickelte eine digitale Plattform, um die unternehmerischen Kompetenzen von Frauen im ländlichen Ruanda zu stärken. Die interessierten Frauen haben Zugang zu hochwertigen Webinaren und Beratungen, Finanzierungsoptionen, einer Lerndatenbank in ihrer Landessprache sowie Möglichkeiten der Weiterbildung auf lokalem, regionalem und globalem Niveau. Mit einem Mentorinnenprogramm wird zudem Coaching durch erfah-

rene Unternehmerinnen angeboten. Zum Ende des DDLabs pilotierte das Team die digitale Plattform und befand sich in Gesprächen mit potentiellen Geldgebern, unterstützt durch Brandenburg und Rheinland-Pfalz.

E-Mobilität

Das indonesische Start-up TRANSISI entwickelte eine Software für das Management von Elektroladeinfrastruktur. Das Team arbeitete eng mit Busbetreibern in Jakarta sowie Expert*innen aus Berlin und Bremen zusammen, um den Übergang zu einem vermehrten Einsatz von E-Bussen mitzugestalten. Zum Ende des DDLabs gründete sich das Team formal als Unternehmen in den Niederlanden und Indonesien, es konnte seine Software erfolgreich für E-Autos pilotieren sowie bereits ersten Umsatz durch die Bereitstellung der Software generieren und bereitete sich darauf vor, sie auch für E-Busse einzusetzen.

Interview mit Stefano Marta, OECD: Studie zu dezentraler Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland



Stefano Marta, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Koordinator "Territorial Approach to the SDGs", Cities, Urban Policies and Sustainable Development Division

Dezentrale Entwicklungszusammenarbeit ist in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus gerückt. Warum ist es so ein interessantes Thema und wie ist es mit den SDGs verknüpft?

Stefano Marta: Dezentrale EZ oder Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung zwischen Städten und Regionen in Industrie- und Entwicklungsländern können Treiber für wichtige globale Agenden sein. Damit wir eine nachhaltige, gerechte und resiliente Zukunft schaffen, brauchen wir das aktive Engagement von subnationalen Strukturen. In globalen Agenden wie dem Pariser Klimaabkommen, der Agenda 2030 und den G20 Rome High-Level Principles für Städtepartnerschaften zur Lokalisierung von SDGs wurde die Bedeutung von Städten und Regionen für nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Diese können sich gegenseitig unterstützen, durch Peer-to-Peer Learning und Kapazitätsentwicklung in Kern-Entwicklungsfragen, in denen sie starke technische Kompetenzen haben wie Bildung, Gesundheit und Wasser.

Die OECD-Studie zeigt eine umfassende Analyse der vielfältigen dezentralen EZ in Deutschland und gibt Einblicke in Best Practices anderer OECD-Länder. Welche Rolle spielen die deutschen Länder in Deutschlands dezentraler EZ und welche Ergebnisse würden Sie im Vergleich zu anderen OECD-Länder hervorheben?

Die deutschen Länder und Kommunen sind in der EZ wichtiger geworden. Aktuell stellen sie mehr öffentliche Mittel für EZ-Leistungen (ODA) zur Verfügung als vergleichbare Strukturen in anderen OECD-Ländern. Sie kommen für mehr als 60 % der globalen dezentralen EZ-Mittel auf , die als Teil der ODA-Mittel berichtet werden.¹ Das Bund-Länder-Programm und sein Kofinanzierungs-Modell ist hier ein spannender Bestandteil der deutschen dezentralen EZ.

Einer der Vorteile und des Mehrwerts dezentraler EZ für die deutschen Länder sollte ihr "Return on Investment" sein, den sie durch ihre dezentralen EZ Aktivitäten erhalten können. Ein zentrales Ziel dezentraler EZ ist die Ermöglichung von gegenseitigem Nutzen und Wechselwirkungen zwischen Städten und Regionen in den deutschen Ländern und Partnerländern, von Peer-to-Peer Learning. Die Verbesserung lokaler und regionaler öffentlicher Dienstleistungen ist der wichtigste Gewinn und "Return on Investment" durch dezentrale EZ. Bürger*innen sind dadurch zufriedener und haben ein höheres Vertrauen in die lokalen Verwaltung. Außerdem ist die Transparenz und Rechenschaft der Verwaltung gestärkt.

Die Studie betont die positiven Effekte von Multi-level Governance. Welchen speziellen Nutzen sehen Sie dahei?

Bei der OECD bezieht sich der Begriff "Multi-level Governance" auf die voneinander abhängigen Be-

ziehungen zwischen öffentlichen Akteur*innen über verschiedene Regierungsebenen, seien sie vertikal, horizontal oder miteinander verwoben. Ein gut funktionierender "Multi-level Governance"-Rahmen kann dabei helfen, kohärente dezentrale EZ-Strategien und Prioritäten zu fördern. Das funktioniert über Regierungsebenen hinweg sowie mit Nicht-Regierungs-Stakeholder*innen wie NGOs, Universitäten oder private Unternehmen, die eine zentrale Rolle in der deutschen dezentralen EZ einnehmen. Ein Mangel an Kooperation zwischen verschiedenen Regierungsebenen kann zu unkoordinierten kleinteiligen Projekten, verlorenem Potential für Synergien in Partnerländern sowie zur Dopplung von Aktivitäten führen. Diese Hindernisse können überwunden werden, indem verschiedene Governance Instrumente verwendet werden, etwa Dialogplattformen, Kofinanzierungs-Arrangements und eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Regierungsebenen. Insbesondere bleibt die Interaktion zwischen den deutschen Ländern und den Kommunen in der dezentralen EZ eingeschränkt, da die Länder ihre Kommunen oft nicht in die Projekte involvieren. Die OECD-Studie schlägt vor, dass die Bundesregierung besondere Anreize für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Ländern und Kommunen schaffen könnte, wie beispielsweise Pilotprojekte in Partnerländern.

Basierend auf Ihren Ergebnissen und Empfehlungen: Wie sieht der Weg in der Zukunft für die deutsche dezentrale EZ aus? In welche Richtung sollte sie entwickelt werden und welche Rollen sehen Sie für die deutschen Länder in diesem Prozess?

Der Bericht gibt zehn Empfehlungen für dezentrale EZ-Politik, Strategien und Prioritäten, multi-level Governance, Finanzierung sowie für Daten und Informationen, die darauf abzielen die Wirkung, Effektivität und das Monitoring von dezentraler EZ Strategien und Programmen in allen deutschen Regierungsebenen zu stärken. Aus meiner Sicht sind drei Empfehlungen besonders relevant für die deutschen Länder:

 Stärkung der Peer-to-Peer Learning Funktion dezentraler EZ auf der Ebene der deutschen Länder durch die Förderung von mehr direkter Kooperation mit lokalen und regionalen Regierungen in Partnerländern. Das könnte dabei helfen, größere "Returns on Investment" in den Bereichen Wissen, Kapazitäten und Kompetenzen zu generieren sowohl für die deutschen Länder als auch die Partner*innen im Globalen Süden.

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den deutschen Ländern und Kommunen in der EZ. Auch wenn es einige Beispiele gibt wie Bayern oder NRW, ist die Zusammenarbeit noch gering. Die Bundesregierung sollte Anreize setzen, um die Kooperation zu stärken und dabei auch GIZ und SKEW Programme mit einbeziehen.
- Entwicklung eines harmonisierten Ansatzes für Monitoring und Evaluierung dezentraler EZ in allen Ländern und Kommunen, um die Wirkungen von ergebnisorientierten und langfristig nachhaltigen Maßnahmen zu messen.

Das BLP wird mehrmals in der Studie erwähnt sowie verschiedene Projektbeispiele aufgeführt: Wie bewerten Sie das BLP, besonders in Bezug auf sein Ziel die EZ der Länder stärker zu der des Bundes zu bringen?

Das BLP ist ein sehr wichtiges Instrument, um die Koordination zwischen den deutschen Ländern und der Bundesregierung in der dezentralen EZ zu stärken. Im OECD Global Policy Toolkits für dezentrale EZ wird es als ein Beispiel, was andere Länder inspirieren kann, beschrieben. Viele deutsche Länder koordinieren ihre strategischen und geographischen Prioritäten für dezentrale EZ mit der Bundesregierung durch das BLP. Darüber hinaus ermöglicht das BLP Wissensaustausch und Netzwerke zwischen den deutschen Ländern durch Trainings und Netzwerkveranstaltungen für die Stakeholder*innen. Das BLP ist ein zentrales Instrument um dezentrale EZ Aktivitäten zu unterstützen, gewisse Hindernisse wie die Komplexität der administrativen Prozesse im Projektmanagement sowie eingeschränkte Flexibilität bzgl. der geographischen und thematischen Schwerpunkte müssen jedoch noch überwunden werden.

Fachpartner*innen und Partnerinstitutionen der Projekte

Umwelt, Klima und Energie

Bayern - Togo → Seite 10

Fachpartner*innen in Bayern: Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, Bayerischer Biogas Verband, Women Engage for a Common Future e.V., Central Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk e.V., Energiedorf Wildpoldsried

Partnerinstitutionen in Togo: Agentur für ländliche Elektrifizierung und Erneuerbare Energien in Togo, Generaldirektion für Energie in Togo

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Ländliche Elektrifizierung" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Togo umgesetzt wird.

Bayern – Tunesien → Seite 10

Fachpartner*innen in Bayern: Women Engage for a Common Future e.V., Fichtner GmbH & Co. KG

Partnerinstitutionen in Tunesien:

Ministerium für Industrie, Bergbau und Energie in Tunesien, Ecole Nationale d'ngenieurs de Tunis (ENIT)

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Grüner Wasserstoff für nachhaltiges Wachstum und eine dekarbonisierte Wirtschaft" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Tunesien umgesetzt wird.

Niedersachsen – Südafrika → Seite 11

Fachpartner*innen in Niedersachsen: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Partnerinstitutionen in Südafrika: Eastern Cape Departments of Economic Development, Environmental Affairs and Tourism (DEDEAT), Fort Hare University (FHU), Council for Scientific and Industrial Research (CSIR)

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Erneuerbare Energien und Energieeffizienz" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Südafrika umgesetzt wird.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Berlin – Indien → Seite 12

Fachpartner*innen in Berlin: Enpact e.V.

Partnerinstitutionen in Indien: Directorate of Urban Land Transport (DULT) of the Government of Karnataka, India

Das Projekt arbeitete eng mit den Programmen "Förderung der Transformation für nachhaltige und klimafreundliche Elektromobilität in Indien" und "Green Urban Mobility Innovation Living Lab" zusammen, die von der GIZ im Auftrag des BMZ in Indien umgesetzt werden.

Nordrhein-Westfalen – Nordmazedonien → Seite 13

Fachpartner*innen in Nordrhein-Westfalen:

IMAP-Institut, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV), WTE Wassertechnik GmbH

Partnerinstitutionen in Nordmazedonien:

Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien (AHK) in Skopje, Goethe-Institut Skopje

Dieses Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Offener Regionalfonds für Südosteuropa – Modernisierung kommunaler Dienste" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ im Westbalkan umgesetzt wird.

Saarland - Namibia → Seite 13

Fachpartner*innen im Saarland:

INM - Leibniz-Institut für Neue Materialien gGmbH

Partnerinstitutionen in Namibia: University of Namibia, Namibia Biomass Industry Group (N-Big)

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Nutzung von Busch-Biomasse" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Namibia umgesetzt wird.

Governance

Baden-Württemberg – Tunesien → Seite 17

Fachpartner*innen in Baden-Württemberg: Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Partnerinstitutionen in Tunesien:

Ecole Nationale d'Administration de Tunis

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Deutsch-Tunesische Werkstattakademie für Gute Regierungsführung" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Tunesien umgesetzt wird.

Sachsen – Mosambik → Seite 16

Fachpartner*innen in Sachsen:

Geokompetenzzentrum Freiberg e.V.

Partnerinstitutionen in Mosambik: Ministerium für Bergbau- und Energie in Mosambik, Generalinspektion Bergbau und Energie Mosambik, Arbeitsministerium Mosambik

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Gute finanzielle Regierungsführung in Mosambik" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Mosambik umgesetzt wird.

Schleswig-Holstein – Westbalkan → Seite 17

Fachpartner*innen in Schleswig-Holstein:

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN)

Partnerinstitutionen im Westbalkan:

Netzwerk der Verbände lokaler Gebietskörperschaften in Südosteuropa (NALAS)

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Soziale Rechte und Inklusion für benachteiligte Bevölkerungsgruppen II" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in den Ländern im Westbalkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Serbien) umgesetzt wird.

Rheinland-Pfalz - Ruanda → Seite 11

Fachpartner*innen in Rheinland-Pfalz:

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (DLR RNH), Technische Hochschule Bingen, RLP Agroscience GmbH

Partnerinstitutionen in Ruanda: Ministry of Agriculture and Animal Resources (MINAGRI), Meteorologiebehörde Ruanda (Meteo Rwanda), Rwanda Agriculture Board (RAB)

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Digitale Lösungen für Nachhaltige Entwicklung (Digitalzentrum) II" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Ruanda umgesetzt wird.

Pandemieresilienz

Bremen - Namibia → Seite 19

Fachpartner*innen in Bremen: Universität Bremen, Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS), Forschungszentrum Borstel (FZ Borstel, Schleswig-Holstein), Inselspital Bern, Abteilung Pneumologie (Schweiz)

Partnerinstitutionen in Namibia: Universität Namibia (UNAM), Abteilungen School of Public Health, School of Medicine, Department of Biochemistry and Microbiology

Das Projekt arbeitete mit keinem bestehenden Programm zusammen, kooperiert aber eng mit der GIZ und BMZ Vertretung in Namibia.

Hessen - Vietnam → Seite 19

Fachpartner*innen in Hessen:

Technische Universität Darmstadt

Partnerinstitutionen in Vietnam: Vietnamese-German University, Vietnamese-German Centre of Excellence in Medical Research

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Pandemieprävention und -bekämpfung, One Health" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Vietnam und zwölf weiteren Partnerländern umgesetzt wird.

Thüringen – Malawi → Seite 18

Fachpartner*innen in Thüringen:

Verein Zomba Hospital Projekt e.V.; Sophien- und Hufeland-Klinikum Weimar

Partnerinstitutionen in Malawi: Zentralkrankenhaus Zomba (Träger: nationales Gesundheitsministerium)

Das Projekt arbeitete eng mit dem Programm "Stärkung des Gesundheitssystems in Malawi" zusammen, das von der GIZ im Auftrag des BMZ in Malawi umgesetzt wird.

Impressum

Herausgeberin

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft

Bonn und Eschborn

Bund-Länder-Programm An der Alster 62 20099 Hamburg Deutschland blp@giz.de

V.i.S.d.P.

Dieter Anders

Text und Redaktion

Dieter Anders, Annika Kolberg, Julius Nebel, Steffi Noelting

Fotonachweis

Alistair McMaster/GIZ/S. 3, 11; BMZ/S. 4; LMDK/GIZ/S. 10; Stefan Weiland/enpact e.V./S. 12; Carsten Becker-Willinger/INM/S. 13; Deniz Sulejman/GIZ/S. 17; Shelesh Agarwal/TU Darmstadt/S.19; Kristian Naydenov/GIZ, enpact e.V./S. 23; OECD/S. 24

F +49 (0)30 18 535 2501

Gestaltung

kippconcept gmbH, Bonn

Stand

September 2023

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat G 43 Länder und Kommunen

Postanschrift der BMZ-Dienstsitze

 BMZ Bonn
 BMZ Berlin | Im Europahaus

 Dahlmannstraße 4
 Stresemannstraße 94

 53113 Bonn
 10963 Berlin

 T +49 (0)228 99 535 0
 T +49 (0)30 18 535 0

poststelle@bmz.bund.de

F +49 (0)228 99 535 3500

www.bmz.de